

Flüchtlinge willkommen – Refugees welcome

Beschluss des Landesparteirats von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

29. August 2015 in Gera

5 Der Landesparteirat beschließt:

Derzeit befinden sich so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr - etwa 60 Millionen weltweit. Aufgrund kriegerischer Konflikte, politischer Verfolgung, Diskriminierungserfahrungen und bitterer Armut durch Hunger- und Dürrekatastrophen verlassen Menschen ihre Heimat unfreiwillig. Der
10 Großteil flieht im eigenen Land oder sucht Schutz in den direkten Nachbarländern. So nehmen Libanon und Jordanien viele Millionen Flüchtlinge auf. Ein vergleichsweise kleiner Teil der Flüchtlinge schafft es auf oft gefährlichen und strapaziösen Fluchtrouten über das Mittelmeer oder auf dem Landweg nach Europa. Die Zahl der in Deutschland ankommenden Asylsuchenden nimmt seit 2008 konti-
15 nuierlich zu. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat erst kürzlich seine Prognose für das Jahr 2015 von 450.000 erwarteten Asylanträgen auf etwa 800.000 erwarte Asylanträge korrigiert.

Auf die täglich steigenden Zahlen von Flüchtlingen ist Deutschland nicht genügend vorbereitet. Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen unsere Hilfe, unsere
20 volle, bestmögliche Unterstützung. Aus grüner Sicht ist dabei folgendes zentral:

- **Stärkere Kostenbeteiligung des Bundes:** Die Länder und Kommunen sind mit den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen finanziell überfordert. Der Bund muss sich daher stärker, dauerhaft und strukturell an den Kosten für Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge und Asyl-
25 suchenden beteiligen, um die Länder und Kommunen zu entlasten.
- **Beschleunigung von Anerkennungsverfahren:** Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss die bereits im Jahr 2014 angekündigten und zugesagten zusätzlichen 2000 Stellen schnell besetzen und darüber hinaus weiteres Personal erhalten, um die Bearbeitungsdauer bei Anerkennungsverfahren zu
30 beschleunigen. Außerdem braucht es in allen Erstaufnahmeeinrichtungen entsprechende Außenstellen des BAMF, um die Bearbeitungszeiten weiter zu

verkürzen. Auch in den Bereichen Erstaufnahme, Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden im Landesverwaltungsamt braucht es eine personelle Aufstockung. Für mehr Rechtssicherheit braucht es möglichst flächendeckende Angebote der Asylverfahrensberatung.

35

- **Menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte:** Um die Landkreise und kreisfreien Städte bei der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden zu unterstützen, setzen wir auf finanzielle Anreize. In der derzeitigen Situation können auch Gemeinschaftsunterkünfte für einen kurzen Aufenthaltszeitraum eine Übergangslösung sein. Wir sprechen uns dagegen aus, die Unterbringung von Flüchtlingen nach Herkunftsstaaten und an statistischen Asylanerkennungszahlen auszurichten. Sichergestellt sein muss jedoch die räumliche Nähe zu Stellen der medizinischen Versorgung, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen im vorschulischen und schulischen Bereich und zu Einkaufsmöglichkeiten. Langfristig gelingt Integration nur, wenn in den Thüringer Städten und Gemeinden ein echtes Zusammenleben mit Flüchtlingen Tür an Tür möglich ist.
- **Verstärkte Integrationsbemühungen:** Die Sozialbetreuung von Flüchtlingen sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in den Landkreisen und Kommunen muss durch eine Aufstockung der Betreuungspauschale in der Thüringer Flüchtlingskostenerstattung verbessert und auch auf lange Sicht gewährleistet werden. Die finanziellen Herausforderungen im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsbetreuung für die Kommunen muss und wird das Land stärker berücksichtigen.
- **Kommunale Integrationskonzepte und ehrenamtliches Engagement unterstützen:** Das freiwillige Engagement der ThüringerInnen ist derzeit größer denn je. Die Thüringer Kommunen brauchen Unterstützung bei der Schaffung kommunaler Integrationskonzepte als Grundlage für eine menschenwürdige Aufnahme und für eine qualifizierte Sozialbetreuung. Dabei müssen Bund und Länder die Kommunen unterstützen. Das solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement in den Thüringer Städten und Gemeinden soll durch eine Ehrenamtskoordination unterstützt werden.
- **Gute Bildung von Anfang an:** Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht,

40

45

50

55

60

65 das selbstverständlich auch für alle Kinder von Asylsuchenden gilt. Artikel 28
der UN-Kinderrechtskonvention bekräftigt dies. Jedem Kind soll Bildung und
Schule so schnell wie möglich angeboten werden. Insbesondere deutscher
Sprachunterricht sollte von Beginn an allen Flüchtlingen offen stehen.

- 70 • **Medizinische Versorgung sicherstellen:** Die Einführung einer Gesundheits-
karte für Asylsuchende ist längst überfällig. Der Bund muss endlich die recht-
lichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Länder analog zum „Bremer
Modell“ eine Gesundheitskarte für Asylsuchende einführen können.
- 75 • **Menschen vom Westbalkan eine Alternative bieten:** Flüchtlinge aus den
Staaten des Westbalkan brauchen Alternativen zum Asylverfahren, z.B. eine
zeitlich befristete Aufenthaltsmöglichkeit, damit sie sich einen Arbeitsplatz
suchen können. Weitere Länder als sichere Herkunftsstaaten auszuweisen,
hilft dagegen nicht weiter. Dies lehnen wir ab.
- 80 • **Verbesserung der Lage in den Herkunftsländern:** Die Europäische Union
und der Bund müssen sowohl in den EU-Mitgliedsstaaten als auch in den
Staaten des Westbalkans, die einen Beitritt zur EU anstreben, Minderheiten-
rechte durchsetzen. So muss endlich wirksam gegen Diskriminierung, Gewalt
gegen Minderheitengruppen wie z.B. Roma, gegen Armut und Korruption vor-
gegangen werden.
- 85 • **Hürden der Arbeitsmarktintegration beseitigen:** Die Qualifizierung und der
Spracherwerb von Flüchtlingen muss gefördert und die Arbeitssuche erleich-
tert werden. Gerade mit Blick auf die demographische Situation in Thüringen
sollten wir mehr unternehmen, um Familien mit Kindern durch überzeu-
gende Bildungs- und Ausbildungsangebote hier auch langfristig eine Heimat
zu geben und so in Flüchtlingen auch die dringend benötigten Fach-
kräfte von morgen zu sehen.
- 90 • **Schutz der Asylsuchenden sicherstellen - rassistischen Protesten ent-
gegentreten:** Wir fordern, dass sich Bund und Länder konsequent für den
Schutz der Asylsuchenden einsetzen. Rassistischen Demonstrationen und
populistischen Versuchen, Flüchtlinge und Fluchtursachen zu diskreditieren,
werden wir uns widersetzen. Für uns Grüne ist klar, dass wir rechts-
95 populistische Parolen immer wieder als solche benennen und entlarven

werden und uns gemeinsam mit allen DemokratInnen schützend für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen werden.

- **Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz:** Neben der Aufnahme von Schutzsuchenden brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, um neben dem Aufenthalt- und Asylrecht Einwanderung nach festen Kriterien zu ermöglichen. Die Bundesregierung muss diesem endlich Rechnung tragen und hier nicht blockieren. CDU und CSU müssen die Realitäten anerkennen und sich einem Einwanderungsgesetz nicht verweigern.

Dies zeigt, dass die Gesellschaft und die Politik in mehrfacher Hinsicht gefordert sind. Sie muss den Menschen, die zu uns kommen und Schutz suchen, eine Perspektive geben. Und sie muss gleichzeitig den Menschen insgesamt aufzeigen, wie die Einwanderung zum Gewinn für alle wird. Ressourcen müssen so aufgeteilt werden, dass sie die Menschen erreichen, die sie am Nötigsten brauchen. All dies gehört für uns als Grüne zusammen. Wir fordern von der Bundesregierung hier wesentlich mehr Engagement. Populismus und Symbolpolitik helfen dagegen nicht weiter.

Wir werden uns in der rot-rot-grünen Landesregierung dafür einsetzen, auf Landesebene alles voranzutreiben, um die Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge in Thüringen zu verbessern. Das Land und die Kommunen unternehmen erhebliche Anstrengungen, um Asylsuchende so gut wie möglich unterzubringen. Der Ausbau von Unterkünften kann mit der steigenden Zahl von Asylsuchenden aber nicht Schritt halten. Wir begrüßen daher die verstärkten Bemühungen der Thüringer Landesbehörden, hier schnell Abhilfe zu schaffen. Ein schnellerer Bezug von Flüchtlingsunterkünften wie in Mühlhausen, unkonventionelle Zwischenlösungen wie die ungenutzte Polizeidienststelle in Bad Lobenstein oder die erfolgte Umnutzung des Gebäudes auf dem Truppenübungsplatz in Ohrdruf sind Beispiele dafür, dass jetzt die Zeit des Handelns ist. In der politischen Diskussion müssen wir gemeinsam mit Landes- und Kommunalpolitikern nach pragmatischen und für die Schutzsuchenden akzeptablen Lösungen suchen.

Darüber hinaus sind wir den MitarbeiterInnen in den Behörden, den vielen ehrenamtlich tätigen BürgerInnen sowie den HelferInnen von Wohlfahrtsverbänden für ihr unermüdliches Engagement sehr dankbar, denn ohne diese Unterstützung könnten die Herausforderungen kaum bewältigt werden.